



Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten!

Anti-Atom-Bewegung und Globalisierungskritik

Ein Diskussionstext für das I. Deutsche Sozialforum in Erfurt. Eines der drastischsten Beispiele für das gewaltsame Überstülpen von ökologischer und sozialer Destruktivität sind die von willfähriger Politik auf Händen getragenen global player der Atomwirtschaft. Zur Durchsetzung der finanziellen Konzerninteressen werden mit polizeistaatlichen Methoden die Grundrechte der Bevölkerung kuzerhand außer Kraft gesetzt. Atomkraftgegner werden kriminalisiert, im Wendland ganze Dörfer eingekesselt und neuerdings sogar Gentests für alle, die „sich in Gorleben anketten“, durchgesetzt.

Die über 60jährige Geschichte der Atomkraft ist eng mit dem militärischen Bereich verknüpft. Die sogenannte zivile Nutzung ist ein späteres Nebenprodukt aus der Atombombenforschung.

Aus militärischem Interesse befinden sich in den klassischen Atombombenstaaten deshalb auch die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA), in denen Plutonium abgetrennt wird.

Und kein Kontinent bleibt von den global operierenden Atomfetischisten verschont. Am Anfang der Kette steht der Uranabbau, überwiegend auf den Gebieten entrechteter indigener Völker. Um an das in den Atommeilern spaltbare Uran 235 zu gelangen, werden riesige Mengen unranhaltiges Erz abgebaut. Die AKW's Krümmel und Brunsbüttel verschlingen beispielsweise ca. 44 t Uran im Jahr, entsprechend etwa 550 t Natururan. Dazu werden je nach Uragehalt zwischen 30.000 bis 1.200.000t

uranhaltiges Erz abgebaut. Die gigantischen Abraumhalden verseuchen durch Erosion, Regen, Wind und Staub, zusammen mit dem nächsten Schritt vor der Brennelementfertigung, der yellow cake – Produktion, ganze Landstriche. Die traditionellen und unabhängigen Überlebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung, wie Ackerbau, Jagd oder Fischfang, sind vergiftet. Wer sich hier für den Erhalt der Atomkraftnutzung stark macht, ist global für Menschenrechtsverletzungen und Gesundheitsgefährdung „in der Ferne“ mitverantwortlich.

... egal ob Genua, Göteborg oder Gorleben

Schon aufgrund ihrer enormen Gefährlichkeit provoziert die Atomwirtschaft wie keine zweite eine polizeiliche und militärische Absicherung. Gleichzeitig hinterläßt sie der Nachwelt ihr strahlendes Erbe mit todbringenden Folgen. Die derzeitige Forderung der Wissenschaft für die Endlagerung ist ein weltweit nicht zu erbringender Sicherheitsnachweis über 1 Million Jahre. Ein unvorstellbarer Zeitraum, voller geologischer Umbrüche, Eiszeiten und diverser anderer Unwägbarkeiten.

Heute geht es den Atomstromern ausschließlich um gigantische Geldsummen. Und selbst an der Entsorgungsmisere lässt sich verdienen: Die deutschen Atommülller haben steuerfrei über 35 Milliarden Euro Rückstellungen für zukünftige Entsorgungskosten aufgehaldet. Ein gigantisches Vermögen, ein gigantisches Machtmittel. Schamlos kaufen sie sich mit den Müllmilliarden in neue monopolartige Stellungen, wie die Wasserwirtschaft oder Verpackungsindustrie ein.

Wie unvereinbar Atomenergie mit einem demokratisch organisierten Gemeinwesen ist, zeigt sich auch deutlichst am immer noch existenten EURATOM-Vertrag. In diesem haben sich seit der EU-Gründung 1958 die Mitgliedsstaaten gemeinsam verpflichtet, die Atomwirtschaft milliardenschwer finanziell zu fördern. Obwohl eine Mehrheit der EU-Bürger gegen die Atomenergie ist und 7 der alten 15 EU-Staaten überhaupt keine Atomkraftwerke haben und weitere vier langfristig aus der Atomenergie aussteigen möchten, bleibt der Vertrag als Bestandteil in der neuen EU-Verfassung erhalten. Zusätzlich wirkt sich dabei die bereitwillige einseitige Förderung zu Lasten umweltschonender regenerativer Energieträger aus.

Der politische Wechsel in Deutschland hat in der EURATOM-Debatte und der allgemeinen

Atomproblematik wenig verändert. Eher im Gegenteil, zum ersten mal haben die AKW's eine im „Atomkonsensvertrag“ abgesicherte Laufzeitgarantie. Gefeierte werden Stilllegungen, die nicht politisch verursacht, sondern aus betriebswirtschaftlichen Gründen der Betreiber stattfinden. Und es gibt neue Atomanlagen! Der FRM 2 in Garching bei München hat unter rotgrün den Betrieb aufgenommen. Die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau erhält eine Kapazitätserweiterung. Während weltweit die militärische Brisanz von UAA's immer mehr als bedrohlich erkannt wird, und dem Iran sogar offen wegen dessen UAA gedroht wird, gibt es keine Debatten über die Urananreicherung und den „Atomausstiegsbeschluss“. Im Gegenteil: Die deutsche Politik lässt zu, dass zukünftig noch mehr AKW's in aller Welt mit Uran aus Gronau versorgt werden.

Gorleben hat bislang die neun größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte erlebt

Die Anti-Atom-Bewegung als soziale Bewegung ist ein wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen die Globalisierung. Gorleben beispielsweise, als sozialer Ort im Widerstand, bietet Visionen und kommunikativen Platz für ein Umdenken. Der Widerstand wird von der Oma bis zum Enkel in einer fantasievollen bunten Mischung mitgetragen. Der inzwischen 28jährige kontinuierliche Kampf für ein gemeinsames Ziel führt die unterschiedlichsten Menschen zusammen und ermöglicht darüber hinaus einen Austausch über viele andere Missstände.

Die gemeinsame Erfahrung der Kriminalisierung und Entrechtung schweiß zusammen. Die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, freie wahrnehmbare Meinungsäußerung und informationelle Selbstbestimmung werden regelmäßig mit Polizeistiefeln getreten. Demonstrationsverbotszonen von 70 km Länge und zwischen 100 m bis 500 m Breite werden regelmäßig gegen die Proteste der Bevölkerung verhängt. Gorleben hat bislang die neun größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte erlebt. Eines unserer Mobilisierungsflugblätter titelte: „...egal ob Genua, Göteborg oder Gorleben - Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten! Denke global, handle lokal“.

Der nächste Aufmarsch beim Castortransport nach Gorleben wird wohl wieder einmal in der ersten Novemberhälfte zu erleben sein. Herzlich willkommen zur Besichtigung des real existierenden Atomstaats!

Francis Althoff

Inhalt

- S. 1 Demonstrieren nicht verbieten
- S. 2 GreenPeace Blockade in Gorleben Plutoniumwirtschaft Stoppen
- S. 3 Peilsender gegen Castor-Gegner
- S. 4 Gift für Jahrmilliarden
- S. 6 Spitzel Olli in Ahaus Buchvorstellung
- S. 7 Festival in Bure Funkspruch Buchvorstellung
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei

Gorleben: Nicht ganz dicht, Frau Merkel!

Greenpeace protestiert gegen Pläne der CDU - Neue Umfrage: Mehrheit lehnt Endlager in Gorleben ab

Gorleben, 19. 7. 2005 – Gegen die Pläne der CDU, den undichten Salzstock Gorleben nach einem Regierungswechsel zum Endlager für hoch radioaktiven Atommüll zu machen, protestieren etwa 50 Greenpeace-Aktivisten seit heute Vormittag in den Zufahrten zum Gelände. „Gorleben: Nicht ganz dicht, Frau Merkel!“ steht auf den Bannern und Handschildern.

Im neuen Wahlprogramm und im Energie-Positionspapier erklärt die CDU, dass sie den Salzstock wieder auf seine Eignung prüfen, aber keine alternativen Standorte für den strahlenden Abfall untersuchen will. Nach einer neuen Emnid-Umfrage im Auftrag von Greenpeace lehnen 58 Prozent der Menschen in Deutschland die Endlagerung von radioaktivem Müll in

Gorleben ab, unter den 14 bis 29-Jährigen sind es sogar 73 Prozent.

„Diese eindeutigen Zahlen haben uns positiv überrascht. Sie zeigen, dass trotz jahrelanger und teils gezielter Fehlinformation seitens CDU und Atomlobby in der Bevölkerung angekommen ist, dass Gorleben als Endlager nicht geeignet ist“, sagt Thomas Breuer, Atomexperte von Greenpeace.

Obwohl der Salzstock seit Anbeginn stark umstritten ist, wurde er für die Erkundung so ausgebaut, wie es für ein Endlager erforderlich wäre. „Die CDU täuscht die Öffentlichkeit. Wenn sie wieder Zeit und Geld in Gorleben investiert, will sie das Gelände als Endlager zementieren“, sagt Breuer. „Offensichtlich will sich Merkel entschlossen zeigen. Aber einen undichten Salzstock durch Atommüll zu einer Gefahr für die Menschen in der Region zu machen, ist ein falscher Entschluss.“ Greenpeace fordert, Gorleben als Endlagerstandort aufzugeben.

Seit Jahren beweisen Wissenschaftler, dass Gorleben als



Endlager für hoch radioaktiven Müll ungeeignet ist. „Undicht bleibt undicht, da gibt es nichts mehr zu erkunden“, erklärt Breuer. Das erforderliche wasserdichte Deckgebirge fehlt auf einer Fläche von 7,5 Quadratkilometern.

In dieser so genannten „Gorlebener Rinne“ liegen Geröll und Grundwasser direkt auf dem Salz. Damit besteht die Gefahr, dass aus dem Atommüll gelöste Radionuklide in das Grundwasser gelangen und dieses verseuchen. Trotzdem halten die Atomkonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW an dem unsicheren Standort fest.

Ausgewählt wurde Gorleben 1977 von der CDU-Regierung Niedersachsens wegen seiner Nähe zur damaligen DDR-Grenze, nicht aus wissenschaftlichen Gründen. Probebohrungen von 1979 bis 1981 unter Leitung des Kieler Geologen Klaus Duphorn ergaben, dass der Salzstock ungeeignet ist.

Thomas Breuer, Ortrun Albert,
www.greenpeace.de

ROBIN WOOD fordert Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft

„Die Plutoniumfabriken Sellafield und La Hague müssen endgültig geschlossen werden“

ROBIN WOOD hat am 26. Juni Bundesumweltminister Trittin aufgefordert, die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland zu verbieten.

Ab 1. Juli des Jahres wird lediglich der Transport abgebrannter Brennelemente ins Ausland untersagt. In den Plutoniumfabriken Sellafield und La Hague lagern aber noch etwa 900 Tonnen Atommüll aus Deutschland, so dass ein Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft noch längst nicht geschafft ist. Dies belegt ein heute veröffentlichtes Gutachten, das die Gruppe Ökologie aus Hannover im Auftrag von ROBIN WOOD erstellt hat.

Allein in der britischen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Sellafield an der Nordwestküste Englands lagern nach Berechnungen der Gruppe Ökologie noch 500 Tonnen bestrahlte Brennelemente, die wiederaufgearbeitet werden sollen. Die britische Plutoniumfabrik wurde vor

einigen Wochen vorerst geschlossen. Denn es war bekannt geworden, dass ab Mitte letzten Jahres zirka 83.000 Liter eines hochaktiven Uran-Plutonium-Gemischs aus einem Tank ausgelaufen waren, ohne dass die Beschäftigten dies bemerkt hätten. Das radioaktive Gemisch hätte für den Bau von 20 Atombomben gereicht.

„Die Plutoniumfabriken Sellafield und La Hague müssen endgültig geschlossen werden“, fordert Bettina Dannheim, Energiereferentin von ROBIN WOOD. „Bundesumweltminister Trittin darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben und nur die Transporte ins Ausland stoppen. Notwendig ist ein konsequenter Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft.“

Die Wiederaufarbeitung ist ein technisch komplexer Prozess, bei dem der Atommüll in verschiedene chemische Bestandteile aufgetrennt wird. Der Name Wiederaufarbeitung ist irreführend, weil nur wenige Prozente des bearbeiteten Atommülls wieder verwendet werden.

Bei der Wiederaufarbeitung gelangen radioaktive Substanzen über Abluft und Abwasser in großen Mengen in die Umgebung. So werden rund um die Plutoniumfabriken in Sellafield und La Hague die Grenzwerte der deutschen Strahlenschutzverordnung - laut einem Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz - zum Teil um das 20-fache überschritten. Im Umkreis beider Anlagen wurde eine Erhöhung der Leukämierate bei Kindern im Vergleich zum jeweiligen Landesdurchschnitt festgestellt.

Nach Abschätzung der Gruppe Ökologie werden in La Hague und Sellafield noch zirka neun Tonnen Plutonium aus bestrahlten Brennelementen abgetrennt. Plutonium gehört zu den giftigsten Stoffen, bereits ein Millionstel Gramm ist krebserregend. Das abgetrennte Plutonium soll vollständig

zu Mischoxid(MOX)-Brennelementen verarbeitet werden, die dann in den deutschen Reaktoren eingesetzt werden. MOX-Brennelemente sind - was den Strahlenschutz, die Sicherheitstechnik, die Endlagerung und die Proliferation angeht - noch problematischer als Uran-Brennelemente. Ein bis zwei unbestrahlte MOX-Brennelemente enthalten die Plutoniummenge für eine Atombombe.

Ein sofortiger Stopp der Aufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland würde dazu führen, dass die Plutoniumfabriken in Sellafield und La Hague früher endgültig stillgelegt würden. Dadurch würde die radioaktive Belastung der Bevölkerung in der Umgebung der Anlagen erheblich sinken. Außerdem wäre die Gefahr weiterer Störfälle gebannt.

Bettina Dannheim

Peilsender gegen Castorgegner

Göttinger Student zwei Wochen lang von der Polizei verfolgt

Wenn die Castortransporte in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague gestartet und auf dem Weg ins Wendland sind, dann richten Atomkraftgegner und Polizeistrategen ihren Blick auch auf das »Nadelöhr Göttingen«. Schon mehrfach gelang es Umweltschützern, hier – trotz Verbotes – an den Schienen zu demonstrieren und den Atomzug für kurze Zeit zu stoppen.

Einmal rauschte der Zug bei Göttingen sogar durch eine veritable Barrikade aus Regenschirmen. Die Staatsanwaltschaft ermittelte deswegen ob möglichen gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr, das Göttinger Amtsgericht vermochte einen solchen allerdings nicht zu erkennen und stellte das Verfahren gegen die verdächtigen Schirm-Blockierer auf Kosten der Staatskasse ein.

Den Staats- und Castorschützern blieb die listige Göttinger Anti-AKW-Szene allerdings ein Dorn im Auge. Das musste jetzt auch der Physik-Student Daniel H. erfahren. Der 25-jährige bekam kürzlich Post von der Göttinger Polizei. Das Schreiben enthielt die Mitteilung, dass H. im Herbst 2004, in der Zeit vor der letzten Castorfuhre nach Gorleben, zwei Wochen lang rund um die Uhr beschattet und sein Telefon abgehört wurde.

Eine vom Göttinger Rechtsanwalt Johannes Hentschel beantragte Akteneinsicht macht jetzt das ganze Ausmaß der polizeilichen Schnüffelei bekannt. »Vor meiner Haustür standen Tag und Nacht Beamte, die Polizisten folgten mir bis auf die Uni-Toilette und beobachteten, ob ich mich dort mit jemandem traf«, erzählt H., der von der Observation zunächst gar nichts mitbekommen hatte. Auch die Telefonate seiner Mitbewohner seien abgehört worden. Und am Auto eines Bekannten brachten Polizisten einen GPS-Peilsender an. »Offenbar reichte die Fantasie der Beamten so weit, dass sie annahmen, ich wollte das Fahrzeug auf die Schienen stellen, um damit den Castorzug anzuhalten.«

Dass sie ausgerechnet H. ins Visier nahmen, begründeten die staatlichen Castorschützer damit, dass der Student auch im eingestellten »Regenschirm-Prozess« angeklagt war und Mitglied im Göttinger Anti-Atom-Plenum sei. Auch die Gestaltung eines Plakates, das zu einer Anti-Atom-Party einlud, wurde H. zugeschrieben. Die Göttinger Polizeiführung, die Attacken gegen den damals bevorstehenden Castortransport befürchtete, veranlasste den Akten zufolge selbst die Observierung. Lediglich das Mithören der Telefonate musste man sich von einem örtlichen Amtsrichter genehmigen lassen.

Rechtliche Grundlage für die Selbst-Ermächtigung der Polizei ist der umstrittene Paragraph 33a des kürzlich ver-

schärften Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Polizeigesetz). Dieser Paragraph gestattet eine so weit reichende Bespitzelung, wenn »Straftaten von erheblicher Bedeutung« drohen.

»Es ist aber völlig absurd anzunehmen, dass von der Anti-Atom-Bewegung eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen ausgeht«, weist Martin M. vom Göttinger Anti-Atom-Plenum entsprechende Verdächtigungen zurück. »Menschen gefährdende Gewalt haben wir immer ausgeschlossen.« Die Wurzel des Übels ist aus Sicht von Rechtsanwalt Hentschel die vage formulierte Regelung im Niedersächsischen Polizeigesetz, die auch bei leisestem Verdacht künftiger Handlungen des Betroffenen die gesamten Überwachungsmaßnahmen zulässt. Eine Klage gegen den Paragraphen 33a ist derzeit beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Von Reimar Paul, Göttingen

Anmerkung der Redaktion:

Die Grünen im Niedersächsischen Landtag haben zu den Vorfällen eine kleine Anfrage folgenden Inhalts eingereicht:

1. In wie vielen Fällen seit Inkrafttreten des Nds.SOG wurde der § 33 a mit jeweils welchen Ergebnissen von der niedersächsischen Polizei angewendet?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Entscheidung für die Anwendung des § 33 a Nds.SOG vor dem Hintergrund der in dem geschilderten Fall angeführten Gründe (Beteiligung in einem eingestellten Verfahren, Mitgliedschaft in einer Anti-Atom-Gruppe, Gestaltung eines Party-Plakates), auch in Abgrenzung zu den §§ 100a ff. stopp, die einen Anfangsverdacht im strafprozessualen Sinne voraussetzen?
3. Durch welche Umstände sieht die Landesregierung die im geschilderten Fall vorliegende Anwendung der Präventiven Telekommunikationsüberwachung auch auf Kontakt- und Begleitpersonen nach § 33 a Abs. 1 Nr 3 Nds.SOG gerechtfertigt?



Seerau/ Hitzacker sich für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 56 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atomöl dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereintrüche beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als »Erkundungsbergwerk« bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerrecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Rot-Grün will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den ka-tastrophen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Uranwaffen: Irak bittet im Hilfe!!!

Es wird uns noch vergiften, wenn die Sonne längst erloschen ist.

„Trotz der weltweiten auch für die irakische Bevölkerung ermutigenden Friedensproteste konnte der letzte Irakkrieg nicht verhindert werden. Die Auswirkungen des Krieges durch radioaktive Waffen „Uranwaffen“ verstärken das Leid der Zivilbevölkerung noch lange nach Kriegsende. Deren Einsatz muss unbedingt gestoppt werden. Dieses macht die Solidarität der Weltgemeinschaft heute wichtiger denn je.“ Dr. Jawad Al.-Ali



„Willst Du das Baby behalten? Du kannst es nehmen!“ Zwei trostlos hingeworfene Sätze verzweifelter Eltern – „Worte, die ich wohl nie vergessen werde“, berichtet Beate Malkus erschüttert. Auf dem Rücken des todkranken Säuglings, den sie im Arm gehalten hatte, klappte ein großes schwarzes Loch.

Kurz vor Beginn des Überfalls der USA und Großbritanniens auf den Irak im März 2003 hatte die Friedensaktivistin aus Hannover das geschundene Land mit einer internationalen Antikriegsdelegation bereist, auch die Millionenstadt Basra, und dort die Kinderklinik besucht, deren Ärzte seit Anfang 1992 ein auffälliges Ansteigen von Fehlbildungen bei Säuglingen registriert hatten. Manches, was die Mediziner zu sehen bekamen, war so grotesk und ungewöhnlich, wie sie es allenfalls aus Lehrbüchern kannten. In Basra werden solche Kinder jedoch seit Ende des 1991 geführten Golfkrieges Jahr für Jahr geboren – „Fleischklumpen mit Füßen dran“, formuliert Malkus drastisch, mit feuchten Augen.

Sie hat in Basra viele solcher fehlgebildeter und noch viel mehr krebskranke Kinder gesehen. Im Süd-Irak schnellte die Zahl der Leukämie- und anderer Krebsfälle bei Kindern nach dem Golfkrieg binnen kurzer Zeit dramatisch nach oben. Der seit 35 Jahren im Krebszentrum von Basra arbeitende Onkologe Jawad Al-Ali sagt, dass es im Jahr 2002 bereits 1000 Prozent mehr Krebsfälle in Basra gab als zehn Jahre zuvor. 1991 wurden über 300 Tonnen radioaktive Munition seitens der US- und britischen Armee im Südirak außerhalb der Stadt Basra eingesetzt. 2003 wurden 1000-2000 Tonnen DU in irakischen Städten (sogar in Wohngebieten!) eingesetzt. Die radioaktive Hintergrundstrahlung stieg nach dem Krieg in 2003 in Basra von 0,008 mR/Std. auf 1,5-2 und sogar bis 5 mR/Std..

Unter den grausamen Folgen des DU-

Waffeneinsatzes haben nicht nur Iraker zu leiden. In immer mehr Kriegen wird mit Uranwaffen gekämpft. In Bosnien (1996) und Rest-Jugoslawien (1999) verschossen US-Flugzeuge rund 13 Tonnen DU-Munition; Afghanistan (2001/2002) wurde mit mindestens 600 Tonnen uranhaltiger Waffen bombardiert. Auch in der BRD sind A-10 Warzenschwein Kampfflugzeuge mit den dazugehörigen US Truppen in der Eifel auf der US Militärbasis Spangdahlem stationiert, die u.a. direkt von dort im früheren Jugoslawien Einsätze mit DU Munition geflogen sind. Die Bordkanone kann ca. 3900 Stück Munition (30 mm) verschießen.

Anti-Uranwaffen Organisationen u. a. aus Frankreich (Avigolfe), Italien (Peacelink), Belgien (Belgium Coalition to Stop Uranium Weapons), Holland (Laka Foundation, Network Flanders), Japan (No DU Hiroshima, Campaign Against Radiation Exposure, Japan Iraq Medical Network), GB (Campaign Against Depleted Uranium), den USA (Military Toxics Project, Grassroots Actions for Peace) und der BRD (IALANA, GAAA) trafen sich gemeinsam mit dem südirakischen Arzt Dr. Al-Ali, mit Dr. Baverstock, ehemaliger Mitarbeiter der Weltgesundheitsorganisation (WGO), sowie japanischen Ärzten zu einer zweitägigen Konferenz im Europaparlament vom 23.-24. Juni. Ziel war es mit Europaabgeordneten in einen Informationsaustausch über diese radioaktiven Waffen zu kommen und sich gegenseitig über die Aktivitäten in den einzelnen Ländern zu informieren. Die Internationale Koalition zur Ächtung von Uranwaffen (ICBUW- International Coalition to Ban Uranium Weapons) traf sich zwei weitere Tage zur gemeinsamen Bestimmung der Arbeit.

Inzwischen bestreitet die US-Regierung nicht mehr, dass ihre – und auch britische – Truppen erstmals 1991 im Südirak in großem Stil mit Uran-Munition geschossen haben; sie räumt für 1991 den Einsatz von 375 Tonnen sogenannter DU-Geschosse ein; deren Kern aus depleted uranium (DU), purem abgereichertem Uran (U 238) besteht. DU in Munition und Missiles (bunkerbrechende Waffen) durchdringen dicksten Stahl und dutzende Meter von Beton. Die enorme Dichte des Schwermetalls – Uran ist fast dreimal so schwer wie Eisen – und die Eigenschaft von DU, sich beim Aufprall selbst zu entzünden, machen den panzer- und bunkerbrechenden Effekt dieser Waffen aus. Die USA produzieren uranhaltige Geschosse, Minen und Panzerabwehrraketen nicht nur für ihr eigenes Militär, sondern exportieren sie auch – etwa nach Saudi-Arabien, Bahrain, Ägypten, Kuwait, Taiwan, Thailand und in die Türkei. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Armeen von Großbritannien, Frankreich, Russland, Griechenland, Israel und Pakistan ebenfalls Uranwaffen in ihren Arsenalen des Todes haben.

Die Regierungen und Militärs bestreiten, dass von den Uranwaffen irgendeine Gefahr ausgehe,

die über ihr direktes Zerstörungswerk langfristig hinausreiche. Sie argumentieren, dass abgereichertes Uran nur schwach strahle und Alpha-Teilchen emittiere, die nicht mal die menschliche Haut durchdringen. Das stimmt – jedoch nur so lange, bis die Uran-Isotope über die Atemluft oder die Nahrung in den menschlichen Körper gelangen und ihre Strahlung dort ihr Zerstörungswerk beginnt. Außerdem ist Uran als Schwermetall außerordentlich giftig.

»Cocktail krebserregender Substanzen«

Trifft ein DU-Geschoss sein Ziel, so verbrennt dieses unter Entwicklung extrem hoher Temperatur (2000 bis zu 6000 Grad Celsius) zu submikroskopischen aerosolbildenden Teilchen. „Das Innenleben zum Beispiel eines getroffenen Panzers – Elektronik, Kunststoffe, Textilien, Lacke et cetera – verbrennt mit“, erläutert der Berliner DU-Kritiker Professor Albrecht Schott. Es entstehe eine „neuartige Hochtemperaturchemie“, ein „Cocktail krebserregender Substanzen“. Keramische, nicht wasserlösliche Uranoxidpartikelchen lagerten sich unter anderem in der Lunge ab. Je nach ihrer Größe würden sie von dort auch in andere Körperteile transportiert und entfalteteten über Jahrzehnte eine chemo- und radiotoxische Wirkung. Zu den Krankheitsbildern im Irak gehörten Wasserkopf, Augenlosigkeit, Zyklopenauge, drei Augen, offene Wirbelsäule, Leukämie und andere Krebsarten. Schott fürchtet, dass die durch DU ausgelösten Genschäden an die kommenden Generationen weitergegeben werden und sich summieren. Er nennt Uranmunition eine „Ausrottungswaffe“. Schon die Wissenschaftler des Manhattan-Projektes zum Bau der Atombombe hatten 1943 erwogen, Uranstaub als Waffe zu nutzen, um die Umwelt damit radioaktiv zu verseuchen. In einem Memorandum schätzten sie damals, dass bereits ein Tausendstel Mikrogramm dieses Staubes fatale Wirkungen hätte, wenn er in den menschlichen Körper gelange.

»Ausrottungswaffe«

Nach der „Operation Wüstensturm“ hatte sich schnell gezeigt, dass auch die dort eingesetzten alliierten Soldaten selber betroffen sind. Zehntausende britische, kanadische, französische und US-amerikanische Soldaten klagen seit ihrem Kriegseinsatz über das „Golfkriegssyndrom“. Sie leiden unter Muskelschmerzen, chronischer Müdigkeit, Schwindelgefühlen, Depressionen, Nierenversagen, Krebs und anderen schweren Krankheiten. Von den damals an der Invasion beteiligten knapp 700 000 US-Soldaten haben bis heute rund 230 000 schriftlich bei der Armee eingereicht, dass sie gesundheitlich ernsthaft geschädigt sind und medizinische Hilfe benötigen. Als eine wesentliche von mehreren Ursachen gilt, dass sie ungeschützt mit DU-Staub in Berührung kamen – etwa als sie ahnungslos in zerschossenen irakischen Panzern (strahlende) Souvenirs sammelten und nach Hause an ihre Familien schickten.

Eine von Professor Schott an der Universität Bremen veranlasste, privat bezahlte „Pilotstudie“

an 19 Golf- und Balkankriegsveteranen ergab, dass diese Ex-Soldaten genetische Schäden aufweisen, sogenannte Chromosomenbrüche, die auf Radioaktivität zurückzuführen sind. Einige wurden zusätzlich auf DU im Urin getestet. Ergebnis: positiv.

Prof. Asaf Duracovics, der im Oktober 2004 den Nuclear Future Award erhielt, testete 2003 erneut Urin von jungen US Soldaten, die frisch aus dem Irak zurückkamen. Ergebnis positiv.

Uranwaffen in New York

Dieses Jahr im Mai während der Nichtverbreitungsvertragverhandlungen von Atomwaffen (NVT) gab es viele Veranstaltungen gegen Uranwaffen in New York. Außerhalb der UN gab es zwei größere Veranstaltungen und eine Pressekonferenz zu DU, u. a. mit dem ehemaligen Generalstabsanwalt Ramsey Clark vom International Action Center, mit US Veteranen und japanischen Ärzten. Drei US Kriegsveteranen, die im letzten Jahr nach ihrem Einsatz im letzten Irakkrieg positiv auf DU getestet wurden, teilten ihre Erlebnisse mit. Melissa Sterry, eine Veteranin, erklärte unter Tränen auf die Frage, ob es eine Webseite von DU betroffenen US Veteranen gibt: „Der Druck auf die Soldaten ist so groß, dass es nur sehr wenige Soldaten gibt, die an ihrer Version festhalten. Die Armeearzte behaupteten, dass meine Beschwerden stress bedingt seien. Ich hielt weiter am offensichtlichem fest und bin heute obdachlos, da selbst meine Familie mir nicht glaubt.“ Dabei hob sie ihr T-Shirt und fragte in die Runde: „Glaubt ihr, dass dieser Ausschlag stress bedingt sein kann?“

Es wurden neue Filme zu DU, wie „Poison Dust“ und „Radiation A Slow Death – A New Generation of Hibakusha“ vorgestellt www.choicesvideo.net.

Workshops zu Uranwaffen in der UN

Sehr beeindruckend organisierten japanische Organisationen z. T. gemeinsam mit Military Toxics Project aus den USA zwei Workshops von drei Std., an denen jeweils rund 100 Menschen teilnahmen. In Japan wurden 136 000 Unterschriften gegen den Einsatz von Uranwaffen gesammelt, die dem UN Untersekretär Abe von der Abrüstungsbehörde (Department of Disarmament -DDA) übergeben wurden. HAWNA - Hiroshima Alliance for Nuclear Weapons Abolition (Hiroshima Zusammenschluss zur Abschaffung von Atomwaffen) veröffentlichte für \$50 000 eine Anzeige in der New

York Times, mit einem Appell an Bush und alle AmerikanerInnen zur Abschaffung von Atom- und Uranwaffen. Nobuo Kazachi vom NO DU Hiroshima Project berichtete: „irakische Ärzte hatten sich bereits vor vielen Jahren an japanische Organisationen gewandt, da sie sich von Japanern aufgrund der Erfahrung mit der Atombombe mehr Unterstützung und Verständnis in Bezug auf die im Irak eingesetzte DU (depleted uranium) Munition erhofften. Aber auch in Japan waren Anti-Atomwaffen-Organisationen zunächst sehr skeptisch. Mittlerweile haben bereits 35 von ihnen den Aufruf gegen Uranwaffen unterschrieben. Viele Hibakushas haben erst durch die Uranwaffen begriffen, dass ihr eigenes Leben nur deshalb von so vielen qualvollen Krankheiten gezeichnet war/ist, weil sie durch die innere Aufnahme von radioaktiven Partikeln der Atombombe einer kontinuierlichen radioaktiven Niedrigstrahlung ausgesetzt waren und sind. Diese Organisationen sagen heute: No More Hiroshima, No War, No Uranium-weapons.“

Unterstützung für unabhängige Studie gesucht!

Dr. Jawad Al-Ali ist seit über 30 Jahren in der südirakischen Stadt Basra Krebspezialist und Chef des Basra Lehrkrankenhauses. Auf der Bürger-Epidemiologie Konferenz in Chicago im Mai 2005 (www.neis.org) sowie im Juni auf der Konferenz zur Ächtung von Uranwaffen im Europa Parlament in Brüssel bat er um Unterstützung für den nächsten notwendigen Schritt zur Aufdeckung der schweren Gesundheitsschäden im Südirak.

Gesundheitliche Auswirkungen dieser Waffen werden nach wie vor von offizieller Seite geleugnet und es werden keine Studien hierzu von der Weltgesundheitsorganisation (WGO) der Vereinten Nationen durchgeführt, da eine solche Studie die Zustimmung der Internationalen Atomaufsichtsorganisation (IAEO) benötigt.

Dr. Al-Ali möchte mit einigen Kollegen die Ursachen der seit 1991 um mehr als das 20-fach angestiegenen und weiter steigenden Krebserkrankungen und den Fehlbildungen bei Neugeborenen im Südirak genauer beleuchten. Der epidemiologische Fragebogen ist für das Computer Programm „Epi-info“ (das auch von der WGO eingesetzt wird) entwickelt worden und entspricht dem internationalen epidemiologischen Standard. Dadurch können die Studienergebnisse mit vergleichbaren Studien aus anderen Teilen der Welt verglichen werden.



nale Standard unangemessen hoch gesetzt, sodass eine unabhängige Beweisführung erschwert bzw. oft unmöglich wird. Es ist dem Einsatz der irakischen Ärzte zu verdanken, die diese Studie trotzdem mit sehr großem persönlichem Einsatz und mit geringstem finanziellem Aufwand durchführen wollen. Auch wir hoffen, mit der so erhärteten Beweiskraft einen größeren Kreis von Wissenschaftlern für unsere Anti-Uranwaffenarbeit gewinnen zu können, um den Druck zur Abschaffung dieser Waffen zu verstärken.

Dr. Al-Ali plant die Studie an 1000 irakischen Familien in der Region 75 km nördlich von Basra. Sie wird voraussichtlich 6 Monate dauern. Viele der Krebspatienten sind aus dieser Gegend und sollen in die Studie einbezogen werden. Nach Auswertung der Fragebögen sollen einzelne Personen direkt auf Chromosomenschäden durch Radioaktivität und auch auf einen DU (depleted uranium) Gehalt im Urin untersucht werden.

Die Kosten allein für die epidemiologische Studie betragen 15 000 Euro. Da dieses eine internationale Kampagne ist, haben wir uns für die BRD zum Ziel gesetzt, einen Anteil von 5 000 Euro aufzubringen. Wir ersuchen Gruppen und Individuen sich mit 100 Euro an dieser wichtigen Studie zu beteiligen (mehr oder weniger ist natürlich auch möglich). Rund 50 solcher Spenden würden ausreichen dieses Ziel zu erreichen. Alle Sponsoren werden auf unserer Webseite www.gaaa.org veröffentlicht.

Am 21. September planen wir in Berlin ein Vernetzungstreffen von Menschen, die an einer Kampagne in der BRD zur Abschaffung von Uranwaffen interessiert sind. Solltet ihr euch angesprochen fühlen kontaktiert bitte die GAAA.

Bitte überweist 100 Euro mit dem Stichwort „Atomwaffen-Studie-Irak“ auf das Konto: BW-Förderverein für Frieden/Abrüstung e.V., Volksbank in Stuttgart, K.-Nr. 563131004, BLZ 60090100

Schickt bitte auch eine e-mail an: marionkuepker@compuserve.com, damit wir unabhängig vom Kontostand wissen, wie viele Gruppen sich beteiligen.

Weitere Informationen auf deutsch: www.gaaa.org
www.uranwaffenkonferenz.de
www.uranmunition.de

Marion Küpker / Rainer Butenschön



Seitens der internationalen Institutionen wurde der internatio-

Spitzel Olli in Ahaus

Nee, dit war ja der Hamma, in Ahaus!

Hallo, Chef!

Nee, dit war ja der Hamma, in Ahaus! Jut hingekricht, also Hut ab! Für mich wars ja nu nich so einfach, da mitzumischen.

Die Hirnis ausm Wendland hatten ja noch nichma n Bus orjanisiert! Nu mußte ick also selbst hin, und dit is ja noch so einfach, vom Wendland aus. Nichma die neue Mitfahrjelehenheitsseite ausm Intanet strotzte von Anboten. Aba jeloht hat sichs. Zu die ersten beiden Transporten bin ick ja erst janich jefahn – Kosten spaan, ooch bei uns, war ja de Devise! Als ick denn am Ahauser Bahnhof ankam, dachteick, ooch den Stress hätt ick ma sparn könn. Die paar Piepels, die der Schülband da lauschten. Aba dann habick doch große Oogen jekricht. Det wurden imma mehr, und ooch richtig jut jekleidete Bürja, mit Kinners im Wagen, und ooch Oma und Opa warn dabei! Hättick nie jedacht – 3500 Männeckens sin da insjesamt vorm Bahnhof uffgezogn, und späta duch de Stadt! Und Chef, dit mussick euch leida wirklich sagn, von Resination keene Spur – jedenfalls zu der Zeit noch nich (häh, häh...)! Hat die Olle Merkel doch wieda die Menschen uff de Straße jetriebn! Und de Redna uff dem Lauti, ooch volla Pauer! Scheinen wirklich jefährlich su sein, imma „Widastand“ uff de Lippen – sollten wa ma noch jenaua unta de Lupe nehm! Na ja, den Ruwen vonne BI Ahaus kenn wa ja, und der „Jochen ausm Wendland“ taucht ja imma und üball uff – aba dit wißt ihr ja von de Telefonprotokolle. Der hat denn ooch vasucht, die olle Anti-Atom-Sonne außa Mottenkiste su holn – wa aba nich so jut inszeniat, sein Plaste-Kleba is nich so richtig uffjeklappt, hah, ha! Aba da wa der Typ vonne Wiga in Münsta, da müßta richtig dran bleim, der war so richtig aufrührerisch, hat de Stimmung sum Publikum rübajebracht. Jefährlich, der Vogel, dat sach ich euch!

Un noch sone Witzfijur tobte da auffa Bühne rum, hat uff de Jeige rumjeschruppt, ick dachte, der Fiedelbogn kracht gleich ausnada. Daß son Alhippi sich da übahaupt noch hinnewagt – irre! Klaus hießa wohl. Kam ooch an, beim Publikum, der scheint ooch son übaseugta zu sein, war ooch späta vom Zwischenlaga wieda am rumjeigen.

Naja, dann wa wieda Langeweile anjesacht, die laatschten denn janz zivilisiert durch de Stadt, keen einzija Steinwurf, ick hätte ja jerne, aba da wa kee-

na vamummt, und die hätten ma da sicha die Fresse poliert, habick also lieba ne Eisdiele uffjesucht.

Späta, anne Schienen, da ham sich son paar Kids einfach uff de Straße jesetzt, keena wußte so richtig warum – muß wohl son symbolische Ort jewesen sein. Und denn jing dit janz brav weita, Richtung „BZA“, wie det wohl so heißt. Trotz der langen Strecke imma brav, brav – langweilich. Da ham se dann Fackeln vateilt an einer Stelle, alset anfang, dunkel zu wern. Mußick ehrlich sagn, wa ne jute Aktion, sah schon doll aus. Een bißchen Stress hätt fast jebn könn, als so zwee anjesofene Kids die Bulln-Kollejen anne Spitze vom Zug imma wieda anmachen. Habick mich schon druff jefreut, gleich jibs ne Festnahme, die ham ja schon ihre Knüppel inne Hände jehabt, hätt een schön net Jetümmel werden könne. Wa aba nich! Da hat sich son Opa einjeschaltet, die Bulln-Kollejin volljelabat. Die wan saua! „Wär das hier n Fußballspiel, säben die längst in der Wanne, und würden ihre Fresse nicht mehr aufreißen können“, so die klare Ansage von Euren Kollegen – aba nischt kam.

Und denn warnwa da am BZA. Fast jedenfalls. So rund hundert Meter vorher war die habte Straße abjesperrt mit die grünweißen Gitter. Jute Idee: Halbe Straße für die Demo, halbe für die Castoren. Hat erstma keinen interessiert – sind alle bis zum Tor vor, hatten wohl Kohldampf. Wa ooch ne jute Vaflejung, muß man denen lassen. Nu wa de Demo aus, und ne Mahnwache anjesagt. Und gab gleich wieda Streß, mit dem Castor. Aber der war nur aus Pappe. Eure Jungs wollten den weghaben – ging aba nich, der war einjekeselt. Habt da Euch janz schön vorführen lassen, von die Chaoten! Wenns nach mir jejangen wäre, einfach rin ins Jewühle, wat ruff uff die Köppe, und den Papp-Castor in Graben jekippt! Schlappis! Weicheier! Warn doch keene Autonomen da, wär doch ,n leichtet jewesen! Stattdessen wieda dieser Typ mit seine Geige. Und denn noch son Bubi, der da sein Rap zu abgezogen hat. Vor laufende Fernsehkameras – die Kastelhuber Spatzen findick jenfalls besa.

Insjesamt een nettes Schowprogramm, bis die alle nach rechts und links weg sind, zum blockiean. Eure Jungs und Mächen gleich mit – schon war der Kessel dicht. Aba die Durchsagen warn schon komisch. Von „Rechten und Pflichten aus Versammlungs- und Grundgesetz“ hat der Lauti

da jetönt, und daß sich alle auf den Hof von son Bauern da begeben sollten – bewegt hat sich da aba keena. Nett fandick übrjens Euren Einfall, da son Kollegen von mir rinzuschicken, der mit son mini-Mega blöde Witze erzählt. Oder war der nich von Euch? Hat jedenfalls alle ziemlich jenervt und eingelullt, ham daher janich mitjekricht, wat im Dunkeln da hinten so abjing. Denn jabs die jute Nachricht für die 200 uff die Strohsäcke: Freßpakete flogen duch die Luft, Stullen, Äppel, Mars und so. Warn alle häppie. Aba nich lange. Eena der Chefs von die BI wurde zur Pressesprecherin von Euch Kollejen jerufen, so um Viertel vor Drei. Irjendwie wurde sein Jesicht imma länga. Warum, wurde auch bald klar: Die Lauti-Mannschaft verkündete, daß die Castoren schon längst im Zwischenlaga sind! Von hinten rinjefahn, im Dustern üba n Feldweg! Jute Show. Keena wolltet glauben, ooch nich, als die Scheinwerfer ausjeschaltet wurden, und sich unsere Jungs und Mächen so langsam verdrückten. Mensch, hatte ick Schwierigkeiten, nich voll loszulachen! Wär schon blöd jewesen, wo die doch alle so bedröppelt warn.

Hat n bißchen jedauert, bis sies dann wirklich jeschnallt hatten. Sind nochmal zurück zum Tor. Und da warn die Gitta schon teilweise weg. Und die Kollejen ooch. Aba da habta denn noch ne Wanne „vergesen“. Und det hat jut jeklappt. Sind die doch gleich los, zum Wanne schaukeln! Fast wäse umjekippt. Und endlich! Hastenichjesehn kam Eure Jungs dann anjerannt, mit die Knüppel, endlich durften se so, wie sie schon längst wollten. Ham ooch ne Braut festjenomm, aber die hat nischt abjekricht. Und ick konnte nu ooch, wie ick sollte. Mit Flaschen schmeißen (warn ja nur aus Plastik) auf die vorpreschende Kette. Hätt spannend werden könn, aba – wieda nischt! Ham sich doch da wieda son paar Demo-Piepels zwischenjestellt, jerade, als ooch andere mitschmeißen wollten. Scheiße. Uff die müßta früha uffpassen, die habick ooch schon im Wendland jesehen, vasuchen imma zu beruhigen! Na ja, wieda nischt mit „Krawallen“ hätten wa doch so jut jebrauchen könn. Aba dit schaffen wa ooch noch, mal sehn, im Herbst dann wieda im Wendland. Ick wer ma da noch wat ausdenken! Da sprechen wa dann noch drüber, ok, Chef!

Gruß erstma, ooch an die Jungs vom VS, von Provo Olli!

Buchvorstellung zum Castortransport 2004

Demonstrationsrecht - zum politisch-polizeilichen Umgang mit einem „störenden“ Grundrecht

Zum Inhalt:

Das Demonstrationsrecht ist dauernd umstritten. Seine Wahrnehmung durch die Bürger und Bürgerinnen stört die staatliche Ordnung und lässt immer neue Formen der polizeirechtlichen Einhegung dieses grundlegenden Rechts entstehen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist jedoch ein notwendiges Korrektiv und gehört zu den wesentlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Deshalb tritt das Komitee für

Grundrechte und Demokratie von allem Anfang an radikaldemokratisch für die Ausübung dieses Grundrechts ein. Berichtet wird in dieser Broschüre vom Castortransport nach Gorleben im November 2004. Die Begründung des Demonstrationsverbots per Allgemeinverfügung wird als unzulässig kritisiert.

Zurückgeblickt wird auf 10 Jahre Demonstrationsbeobachtung im Wendland. Zu der im März 2005 erfolgten Veränderung des Versammlungsgesetzes wird Stellung genommen und die Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit kritisiert. Im Nachwort wird zurückgeblickt auf die Demonstrationsge-

schichte der Bundesrepublik und die dauernde Gefährdung dieses Grundrechts.

ISBN: 3-88906-117-6, 80 Seiten, 6,- Euro
Ein Rezensionsexemplar kann kostenlos angefordert werden. Zu bestellen bei:
Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostee 7-11, 50670 Köln,
Telefon: 0221 - 97269 -30; Fax: -31;
info@grundrechtekomitee.de;
www.grundrechtekomitee.de;
Konto: Volksbank Odenwald,
Konto: 8024 618,
BLZ: 508 635 13

Festival gegen Atommüllendlager Bure

2005 Jahr des Ausnahmezustands

Seit Jahrzehnten häufen sich in katastrophaler Weise die französischen atomaren Abfälle, ohne dass Mensch in der Lage wäre, damit umzugehen.

Sie in großer Tiefe in Bure zu verbuddeln, ist in unseren Augen die denkbar schlechteste Lösung, weil auf kurz oder lang die Verseuchung der Erde vorprogrammiert wird. Im dort bestehenden Lehm-Gestein sind Risse gefunden worden, die neben einer Anzahl von Erdbeben in der Region die Ungeeignetheit des Standortes klar machen.

Der Alptraum des Atommülls mit seiner zeitlich unvorstellbaren Gefährlichkeit markiert das Scheitern der gesamten Atompolitik und steht zudem schon lang als Synonym für Polizeistaat und Demokratiefindlichkeit.

Das Verbuddeln des Mülls ist eine tickende Zeitbombe, die wir den kommenden Generationen vermachen und überschreitet bei weitem die regionalen Grenzen. **Tu was!**

Die offiziellen Instanzen kündigen, trotz zahlreicher kritischer Studien, ihre feste Absicht an, in Bure das erste und einzige französische Endlager für hochradioaktiven Atommüll zu eröffnen. Wenn wir jetzt nicht reagieren, wird die für 2006 vorgesehene parlamentarische Abstimmung diese Entscheidung besiegen.

Verstopfen wir dem Atommüll den Weg!

Kommt zu uns nach Bure und macht mit bei den zahlreichen Aktionen, die im ganzen Sommer 2005 geplant sind:

• **Bure Zone Libre:** die andere Baustelle

Den ganzen Sommer lang wird gemeinsam am Widerstandshaus gearbeitet und sollen Aktionen gegen das Endlager stattfinden (Kontakt: 0033-329454177 oder über

e-mail: burezonelibre@free.fr)

• **29.-31. Juli**

Festival und Demonstration in Bure

• **Samstag 24. September**

Nationale Demonstration in Bar le Duc gegen den Atommüll

Festival-Programm

Freitag 29. Juli, Musik ab 20 Uhr

Samstag 30. Juli

Theater- und Kinderprogramm am Tag / Musikgruppen am Abend Offizielle Einweihung des Widerstandshauses in Bure um 11 Uhr

Sonntag 31. Juli

Um 11 Uhr Demo: "Faison Bloc" ("Zusammenhalten") vor der Endlagerbaustelle.

Am Nachmittag Musik auf dem Festivalgelände

Camping und Konzerte gratis, Verpflegung (Bio) vom holländischen Kollektiv Rampenplan, Getränkestand, Info-Stände, Kinderbetreuung

Die Bands:

Stop Bure Brothers ans Sista, Capra, Rosette Roger Serge, Mell, JY Chetail, Edenes, Carpe Diem, David Vincent et ses Mutants, Pas trop tot le matin, Les Camionettes, Human Tanga, Duo Mael, Foligato, La Casa Bancale, Les Enfants de la Batterie, Kommando Pernot, Richard Durne

Aufruf zum Mitmachen beim Aufbau:

Zur Vorbereitung des Festivals brauchen wir Eure Mithilfe! Wenn Ihr vorher kommen könnt, (ab dem 25. Juli) ruft an unter :0033-329454177

Wie Ihr uns findet:

Bure liegt ca. 70 km südwestl. von Nancy. Autobahn Nancy-Paris bis Toul folgen, dann Richtung Vaucouleurs - weiter nach Houdelaincourt - zw. Mandres und Bure auf der D 960

Ihr könnt uns auch mit einer Spende bei der Finanzierung des Festivals helfen: xxx Euro, Bitte den Scheck an die folgende Adresse:

Coordination des Colectivs- Festival, Sentier de Guedonval, F-55000 Bar le Duc

Peter Desoi

**Stoppt den Atommüll -
Nein zum geplanten Endlager in Bure!**

Funkspruch vom 16.10.97, im März 2005 von den spanischen Militärbehörden zur Veröffentlichung freigegeben

Galizier: Hier spricht A853 zu ihnen, bitte ändern sie ihren Kurs um 15 Grad nach Süden um eine Kollision zu vermeiden. Sie fahren direkt auf uns zu, Entfernung 25 nautische Meilen. **Amerikaner:** Wir raten ihnen, ihren Kurs um 15 Grad nach Norden zu ändern um eine Kollision zu vermeiden. **Galizier:** Negative Antwort. Wir wiederholen: ändern sie ihren Kurs um 15 Grad nach Süden, um eine Kollision zu vermeiden. **Amerikaner:** Hier spricht der Kapitän eines Schiffes der Marine der USA zu ihnen. Wir beharren darauf: ändern sie sofort ihren Kurs um 15 Grad nach Norden, um eine Kollision zu vermeiden. **Galizier:** Dies sehen wir weder als machbar noch erforderlich an, wir empfehlen ihnen ihren Kurs um 15 Grad nach Süden zu ändern, um eine Kollision zu vermeiden. **Amerikaner:** HIER SPRICHT KAPITÄN RICHARD HOWARD, KOMMANDANT DES FLUGZEUGTRÄGERS

"USS LINCOLN" VON DER MARINE DER USA, DAS ZWEITGRÖSSTE KRIEGSSCHIFF DER NORDAMERIKANISCHEN FLOTTE, UNS GELEITEN ZWEI PANZERKREUZER, SECHS ZERSTÖRER, FÜNF KREUZSCHIFFE, VIER U-BOOTE UND MEHRERE SCHIFFE, DIE UNS JEDERZEIT UNTERSTÜTZEN KÖNNEN. WIR SIND IN KURSRICHTUNG PERSISCHER GOLF, UM DORT EIN MILITÄRMANÖVER VORZUBEREITEN UND IM HINBLICK AUF EINE OFFENSIVE DES IRAQ AUCH DURCHZUFÜHREN. ICH RATE IHNEN NICHT ... ICH BEFEHLE IHNEN IHREN KURS UM 15 GRAD NACH NORDEN ZU ÄNDERN! SOLLTEN SIE SICH NICHT DARAN HALTEN, SO SEHEN WIR UNS GEZWUNGEN DIE NOTWENDIGEN SCHRITTE EINZULEITEN, DIE NOTWENDIG SIND UM DIE SICHERHEIT DIESES FLUGZEUGTRÄGERS UND AUCH DIE DIESER MILITÄRISCHEN STREITMACHT ZU GARANTIEREN. SIE SIND MITGLIED EINES ALLIERTEN STAATES UND SOMIT DIESER MILITÄRI-

SCHEN STREITMACHT, BITTE GEHORCHEN SIE UNVERZÜGLICH UND GEHEN SIE UNS AUS DEM WEG! **Galizier:** Hier spricht Juan Alcántara. Wir sind zwei Personen. Uns geleiten unser Hund, unser Essen, zwei Bier und ein Mann von den Kanaren. Wir haben die Unterstützung der Sender Cadena Dial von la Coruna und Kanal 106 als Maritimer Notruf. Wir fahren nirgendwo hin, da wir mit ihnen vom Festland aus reden. Wir befinden uns im Leuchtturm A-853 Finisterra. Wir haben eine Scheissahnung, welche Stelle wir im Ranking der spanischen Leuchttürme einnehmen. Und sie können die Schritte einleiten, die sie für notwendig halten und auf die sie geil sind, um die Sicherheit ihres Scheiss-Flugzeugträgers zu garantieren, zumal er gleich an den Küstenfelsen Galiziens zerschellen wird, und aus diesem Grund müssen wir darauf beharren und möchten es ihnen nochmals ans Herz legen, dass es das Beste, das Gesundeste und das Klügste für sie und ihre Leute ist, ihren Kurs um 15 Grad nach Süden zu ändern um eine Kollision zu vermeiden ...

Buchvorstellung zum Rechtsschutz

Polizeiliche Freiheitsentziehungen

Eine Anleitung zum Rechtsschutz von Ulrike Donat

Aus dem Vorwort:

Atomtransporte, Wirtschaftstreffen und Naziaufmärsche werden von der Polizei regelmäßig genutzt, um Demonstranten in großer Zahl einzufangen und wegzusperren. Das geschieht meist hundertfach und die Betroffenen befinden sich anschließend im stunden- oder gar tagelangen Gewahrsam, zumal die Richter ebenso regelmäßig und häufig rechtswidrig die massenhafte Ingewahrsamnahme auf Zuruf der

Polizei anordnen. Rechtsstaatlich geht es in aller Regel also nicht zu, wenn Castor demonstranten, Globalisierungsgegner und Antifaschisten protestieren und ihre Grundrechte wahrnehmen. Einzelfallprüfungen durch die Gerichte sind die Ausnahme und der politische Wille, den Protest mit polizeilichen und justiziellen Mitteln zu unterdrücken, wird inzwischen bei jeder größeren Demonstration deutlich.

Anwälte und Ermittlungsausschüsse stehen dieser Einschränkung der Grundrechte mangels Erfahrung und Kenntnissen bei allem guten Willen oft defensiv und verzagt gegenüber. Das

würden wir als Herausgeber gern ändern und wollen daher mit dieser Broschüre eine praktische Hilfestellung leisten.

Herausgeber:

Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein, Holtfort-Stiftung,

Ermittlungsausschuss Gorleben.

DINA5, 129 Seiten,

Bezug über das BI-Büro.

Juli

26.7.-9.8. - International Peacewalk 60 Jahre Hiroshima von Ypres-Brüssel zur Nato-Nuclear-Base Klein Brogel, www.motherearth.org/walk/index.en.php
 29.-31.7. Festival gegen das Atommüll-Endlager in Bure, www.burestop.org
 30./31.7. - Gendreck weg „Freiwillige Feldbefreiung“ in brandenburgischem Naturpark, www.gendreck-weg.de
 30.7.-7.8. - Sommercamp in Riebau (bei Salzwedel)

August

3.-8.8. - Sommeraktionstage Freie Heide, www.resistnow.freieheide-nb.de
 5.-12.8. - Prekärcamp in Reddebeitz(Wendland), www.fau.org
 6.8. - 15 Uhr Veranstaltung 60 Jahre Hiroshima Neu Tramm(Wendland)
 6.-9.8. - 60 Jahre Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki www.friedenskooperative.de/hir05ter.htm
 10.8. - 20 Uhr Widerstandstreffen in Mützingen
 12.-14.8. - Sommertreffen der Motorradclubs der Kuhle Wampe www.kuhle-wampe.de
 11.-21.8. - Weltjugendtag 2005 in Köln, www.wjt2005.de
 16.-21.8. - „Erneuerbare Energien für eine zukunftsfähige und gerechte Welt“ www.zukunftsenergie.org
 28.8. - 13.30 Uhr Delegiertentreffen in Lüneburg, „Anna & Arthur“

Wiederkehrende monatliche Termine

Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr, Widerstandstreffen in Mützingen
 Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
 Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
 Jeden 3. Sonntag 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergänge in Rossendorf/Dresden
 Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

EPR's zu Spendendosen...

„Weltweit mehr als 1600 EPR verkauft“ lautet eine Schlagzeile in der neuen Ausgabe der Atomwirtschaftszeitung atw. Zum Bau eines EPR braucht man nur Messer, Schere, Klebstoff, Pinzetten, Zahnstocher, geschickte Finger und Geduld, ist weiter zu erfahren. Gemeint ist damit ein Papiermodell des in Finnland geplanten Reaktors Olkiluoto 3.

Die Bastelbögen des Modells wurden auf der Jahrestagung Kernenergie am AREVA-Messestand vorgestellt. Damit soll „auf spielerische Weise an das Thema Kernenergie“ herangeführt werden. „Das EPR-Papiermodell ist ein interessantes und nicht alltägliches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit“, lobt die atw.

Ob sie damit die Anti-Atombewegung meint, die aus dem Modell für Infotische merkwürdige Spendendosen basteln könnte? Download unter: www.de.framatome.anp.com - Dort der Link zu dem EPR-Papiermodell.

Francis Althoff

„Wenn die Politik der Politiker versagt, vermag Politik aus der Bürgerschaft massenhaft wirksam zu werden.“ (Jürgen Seifert. Politik zwischen Destruktion und Gestaltung. Hannover, 1997.)

Wir trauern um

Prof. Dr. Jürgen Seifert
1928 - 2005

Universitätsprofessor und kritischer "Sympathisant"
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Nachruf

Helga Rinsky kämpft nicht mehr

Den Verhandlungsleiter des Bundesamts für Strahlenschutz brachte ihre Hartnäckigkeit fast zur Verzweiflung. Fünf Tage lang piesackte ihn Helga Rinsky, die Bremer Atomkraftgegnerin der ersten Stunde, im Juni 2001 mit Dutzenden von detaillierten Nachfragen - der Erörterungstermin für das Atommüll-Zwischenlager am AKW Esenshamm dauerte länger als an jedem anderen AKW-Standort.

Es war beileibe nicht der erste Einsatz Rinskys in dieser Sache: Gemeinsam mit Walter Mossmann, dem Barden der Bewegung, hatte sie schon zwei Jahrzehnte zuvor den Oberkreisdirektor der Wesermarsch, der den Baugrund für das AKW an die Atomstromer verkauft hatte, mit einer Ballade bedacht - "in schrillen Schusterterzen", wie sich Mossmann erinnert.

Rinsky, die mit dem langen Atem: Bereits Anfang der 70er im Bremer Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung aktiv, der ersten Anti-Atom-Bürgerinitiative Norddeutschlands, gehörte die angehende Lehrerin wenig später zu den MitbegründerInnen der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA). Mit Tausenden protestierte sie an den Bauzäunen der Nuklearfetschisten in Brokdorf und anderswo. Das Liederbuch mit Anti-AKW-Songs, mit ihrer Hilfe erstellt, gehörte jahrelang zum Standard-Equipment der Demonstrierenden.

Als selbst nach Tschernobyl die AKWs am Netz blieben und viele resignierten, gründete Rinsky die "BBA-ML", die midlife-Gruppe der Bremer Anti-Atom-Szene, motivierte Gleichgesinnte, sich nun in Gorleben den Castoren in den Weg zu stellen. Die von Rinsky mit gegründete "Aktion Z", die Bürgerinitiative gegen das Zwischenlager am AKW Esenshamm, organisierte Mahnwachen und Autokorsos - bisweilen auch auf dem Kraftwerksgelände selbst. Die Klage, die Anwohner mit Unterstützung der Bürgerinitiative gegen das Zwischenlager eingereicht haben, liegt noch vor Gericht. Das Gutachten zur Gefahr eines Unfalls durch Hochwasser, an dem sie arbeitete, konnte Helga Rinsky nicht mehr fertig stellen. Sie starb am Montag, zwei Tage nach ihrem 50. Geburtstag, an Krebs.

taz Bremen Nr. 7721 vom 21.7.2005

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 25851335, Konto: 2060721
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: Horst Eckert, Francis Althoff

Bildmaterial: D. Metk, Marion Küpker/Rainer Butenschön.
 Mitarbeit: F. Althoff, Castor-Nix-Da, B. Dannheim, Thomas Breuer, R. Paul, Marion Küpker/Rainer Butenschön, D. Metk, P. Desoi, O. Albert.

Auflage: 1004

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow
 Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197, bi-luechow@t-online.de,
www.bi-luechow-dannenberg.de
 Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di und Do 15 - 18 Uhr